

# Metropolitanwirtschaft : Neuanfang aus den Trümmern des Finanzkapitalismus

Autor(en): **Trepp, Gian**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **31 (2011)**

Heft 61

PDF erstellt am: **05.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-652489>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## **Metropolitanwirtschaft**

### **Neuanfang aus den Trümmern des Finanzkapitalismus**

Die ungelöst dahinwuchernde Finanzkrise beschleunigt den Trend zur Metropolitanisierung der globalen Wirtschaftsdynamik. Überall auf der Welt sind Ansätze zu regionalen Wirtschaftsräumen neuen Typs erkennbar. Und zwar zu Metropolitanwirtschaften, die sowohl die Grenzen bisheriger Nationalstaaten als auch die ökonomische Logik supranationaler Gebilde wie der EU unterlaufen.

Vor 25 Jahren habe ich im „Widerspruch“ geschrieben: „Sicher ist, dass wenn auch nur ein Teil der internationalen Finanzmärkte zusammenbricht, die Schweizer Wirtschaft einen dramatischen, für alle spürbaren Schlag erhalten wird.“ (Heft 13/1987, Casinokapitalismus international) Es hat zwar ein bisschen länger gedauert als erwartet, aber 2008 ist der „spürbare Schlag“ schliesslich gekommen. Und das nicht nur für die Schweiz. Heute, anfangs 2012, steckt der hiesige Finanzplatz im Würgegriff einer globalen Finanzkrise. Die zwei angeschlagenen Grossbanken UBS und Credit Suisse sind von der Geldmaschine zur riskanten Hypothek mutiert, trotz erhöhten Eigenkapitalanforderungen, verschärften Staatskontrollen und Schrumpfung des Investmentbankings. Und wie es mit der Finanzkrise weitergeht, weiss keiner.

Die Weltfinanzkrise hat mittlerweile auch den Welthandel angesteckt. Verpolitisierung der Wirtschaftsbeziehungen und wachsender Protektionismus brachten den jahrzehntelangen Triumphzug des neoliberalen Freihandels zum Stillstand. Bilateralismus und regionale Handelsabkommen haben Konjunktur, während der Multilateralismus der Welthandelsorganisation WTO in einer Dauerkrise steckt. Hinzu kommt die strukturelle Asymmetrie von Produktion und Konsum in der globalen Wirtschaft, die wie ein Damoklesschwert über dem Welthandel hängt. Die USA konsumieren, China, Deutschland, Japan und Südkorea produzieren. Ein enormes Ungleichgewicht, das nicht ewig dauern kann. Wenn die dramatisch überschuldeten USA ihren riesigen Importüberschuss nicht mehr mit selbstgedrucktem Geld bezahlen können, was eine Frage der Zeit ist, dann kommt es zu einer mehr oder weniger schockartigen Handelsschrumpfung. Welt handelskrise, Weltfinanzkrise, Krise des Finanzkapitalismus. Da stellt sich die alte Frage: Was tun?

\*

Etwa die Hälfte der Weltbevölkerung lebt heute in Städten. 2050 werden es zwei Drittel sein, sagt UN-HABITAT, die Unterorganisation der UNO für Siedlungsfragen. Als weltweit grösstes Problem der Städte diagnosti-

ziert UN-HABITAT die wachsende Armut. In Lateinamerika, dem Kontinent mit dem höchsten Bevölkerungsanteil in den Städten, leben bereits heute fast doppelt so viele Arme in der Stadt als auf dem Land. Ob Arm oder Reich, sicher ist, dass die Mehrheit der Menschheit in den Städten lebt, leidet, produziert und konsumiert. UN-HABITAT schätzt, dass die grossen Städte in Ländern mit tiefem Pro-Kopf-Einkommen 55 Prozent des Bruttosozialproduktes generieren, in solchen mit mittlerem Einkommen 73 Prozent und in den reichen Ländern 85 Prozent. Fazit: Die Stadt ist der Katalysator der Weltökonomie im 21. Jahrhundert.

Die Ökonomen von UN-HABITAT gehen davon aus, dass die wachsende Verstädterung sich zukünftig im neuen Phänomen der Metropolitanregion konkretisieren wird, einer Zusammenballung mehrerer Städte mit dem dazugehörigen Umland. Ein Beispiel dafür ist heute schon Tokyo, wo etwa 35 Millionen Menschen leben. Bis 2020 sollen auch Mumbai, Delhi, Mexico City, Sao Paulo, New York, Dhaka, Jakarta und Lagos in die Kategorie der Metropolitanregion avancieren. Solche Metropolitanregionen, die aus mehreren Einzelstädten plus den dazwischenliegenden Landregionen bestehen, werden die Dynamik der Urbanisierung verändern. Alte Zentren können stagnieren, während einstige Vororte sich zu neuen Zentren entwickeln, je nachdem wo die Wirtschaft gerade am besten läuft. UN-HABITAT geht davon aus, dass die Welt künftig von Metropolitanregionen überzogen sein wird, und dass diese sich, getrieben von einer wirtschaftlichen Dynamik als zukünftige Zentren der Weltwirtschaft, mehr oder weniger unabhängig von nationalstaatlichen Grenzen global vernetzen und sich gleichzeitig konkurrenzieren werden. Metropolitanregionen sind nicht nur Wirtschaftszentren, sondern auch Motoren gesellschaftlicher, kultureller und technologischer Entwicklung. Sie bündeln ein hohes Mass an historischer, politischer, kultureller sowie städtebaulicher Bedeutung und geniessen ein entsprechendes internationales Ansehen.

Der von UN-HABITAT diagnostizierte weltweite Trend zu Metropolitanregionen ist auch in Zentraleuropa auszumachen. Italien differenziert sich zunehmend in Nord, Mitte und Süd. Deutschland drittelt sich ebenfalls in eine Nordzone, eine Südzone und eine Ostzone. Belgien spaltet sich in Flandern und Wallonien. In Frankreich träumt Präsident Sarkozy vom 35-Millionen-Paris, gleichauf mit Tokyo, New York und Lagos. Wo man hinschaut, überall auf der Welt sind die Ansätze künftiger Metropolitanregionen erkennbar. Damit verbunden ist auch eine Renaissance von Raumwirtschaft und Regionalpolitik, zwei ökonomische Fachdisziplinen, die vom neoliberalen Marktfundamentalismus jahrzehntelang marginalisiert wurden. Die Raumwirtschaft analysiert wirtschaftliche Aktivitäten in geografischen Räumen und die Regionalpolitik befasst sich mit den Auswirkungen auf die volkswirtschaftliche Effizienz.

Ein Element der kommenden Metropolitanwirtschaft zeichnet sich bereits heute ab. Sie bricht die Hegemonie der globalisierten Finanz- und

Handelsbeziehungen über die Regionen. Die Basis der wirtschaftlichen Dynamik liegt in der regionalen Realwirtschaft. In den Metropolen der Entwicklungsländer von Lagos über Sao Paulo bis Manila schafft die neue Priorität eine Basis zur Überwindung der Armut. In der (noch) reichen Welt schafft die Umwertung der Prioritäten neue Möglichkeiten, um der Wachstumsfalle zu entkommen und die Wirtschaft öko- und sozialverträglich zu machen. Beispielsweise erleichtern Regionalmärkte eine Geld- und Kreditreform zur Überwindung der heutigen destruktiven Finanzialisierung des ökonomischen Denkens in reinen Geldwerten mit Alternativwährungen, Tauschringen und Mikrokrediten. Auch die Neuorganisation von Wohnen, Arbeiten, Konsumieren und Investieren ist in regionalen Märkten besser umsetzbar. Wenn bis anhin die neue Metropolitanwirtschaft rein statistisch erst in Ansätzen messbar ist, dann auch als Folge neoliberal fundierter Modelle und Methoden der Wirtschaftsstatistik internationaler Institutionen wie IWF, Weltbank oder OECD.

\*

Auch in der Schweiz lassen sich Ansätze zur Metropolitanwirtschaft beobachten. Die hiesige Raumplanung geht heute von acht bis zehn grösseren oder kleineren Metropolitanregionen aus. Als konstituierendes Kriterium gelten die Pendlerbewegungen. Demnach besteht eine Metropolitanregion aus einer Kernagglomeration und einer Gruppe weiterer Agglomerationen. Eine Agglomeration zählt dann zu einer Metropolitanregion, wenn der Prozentsatz von Wegpendlern aus dieser Agglomeration in die Kernagglomeration mindestens 8.3 Prozent (entsprechend 1/12) beträgt. So gerechnet, zählt beispielsweise die rasch wachsende Metropolitanregion Zürich knapp 1.9 Millionen Einwohner in rund 240 Städten und Gemeinden in den 8 Kantonen Zürich, Aargau, Thurgau, Schaffhausen, Schwyz, St. Gallen, Zug und Luzern. Weniger glänzen kann gerade in wirtschaftlicher Hinsicht die Region Bern. 2010 beispielsweise bezog der Kanton Bern aus dem zwischenkantonalen Finanzausgleich mit 860 Millionen weitaus am meisten aller Kantone, während Zürich mit 560 Millionen, Zug und Genf mit je 220 Millionen die mit Abstand grössten Einzahler waren. Bern sei nur noch eine nationale Größe, kein Tor zum globalen Wirtschaftsraum, klagte der Berner Geografieprofessor Paul Messerli in einem Interview mit der „Berne Zeitung“. Seine einzige Chance sei es, die drei Metropolitanregionen Zürich, Genf und Basel aus der Mitte der Schweiz zu verbinden.

Die realwirtschaftliche Dynamik der vergangenen Jahre hat die Konzentration dieser Metropolitanregionen beschleunigt. Genf, Lausanne und die gesamte französischsprachige Schweiz wachsen zusammen. Ebenso die Ost- und Innerschweiz, wo der Tessin dank Neat bald näherrückt. Und Basel schliesslich sucht Kooperationsrezepte mit dem Südschweizerland und Südbaden. Ohne Rücksicht auf hergebrachte föderalistische Strukturen

schreitet eine grosse Triangulation der Schweizer Wirtschaft voran. „Die globale Leistungsfähigkeit der Schweiz beruht u.a. auf den drei Metropolitanräumen Basel, Bassin lémanique und Zürich“, schreibt dazu das Bundesamt für Raumentwicklung. Wobei die Raumentwickler des Bundes weniger die regionalen Binnenmärkte der Metropolitanwirtschaft neuen Typs im Auge haben als die internationalen Funktionen der Schweiz als Finanz-, Dienstleistungs- und Denkplatz. Sie benutzen das gängige Konzept von der Metropolitanwirtschaft als superglobalisierte, von den Interessen von Novartis, UBS und Nestle dominierte finanzkapitalistische Nische, der sich die Erfordernisse der regionalen Binnenmärkte unterordnen müssen. Zentrales Element der Standortförderung in diesem Konzept ist der Steuerwettbewerb der Kantone, jenes traurige volkswirtschaftliche Nullsummenspiel, das wohl zu neuen Firmenansiedelungen führt und den Reichen mehr Geld in die Kassen spühlt, aber per Saldo viel zu wenig neue Arbeitsplätze schafft.

Sowenig die drei Schweizer Metropolitanregionen an den Kantons-  
grenzen enden, enden sie an der Landesgrenze. Im Gegenteil. Wirtschaftlich nähern sich die Metropolitanregion Zürich, das österreichische Vorarlberg und die deutsche Bodenseeregion an, dazu dürfte im Sog des Gotthardbasistunnels auch noch der Tessin mit seinen italienischen Grenzregionen stossen. Ebenso nähert sich die Region Genf-Lausanne der Region Hochsavoyen und die Region Basel dem deutschen Südbaden und dem französischen Südsass. Die entstehenden grenzüberschreitenden Binnenmärkte unterlaufen sowohl die beteiligten fünf Nationalstaaten als auch die EU, bei der vier der fünf Mitglieder sind. Ob die betreffenden politischen Strukturen diese Entwicklung bekämpfen, tolerieren oder fördern, ist bislang noch offen.

\*

Die Schweizer Realwirtschaft ist bekanntlich seit langem voll globalisiert. Der Export belief sich im Jahre 2010 auf 203 Milliarden Franken, der Import auf 183 Milliarden, macht zusammen 386 Milliarden oder ungefähr 2/3 des Bruttosozialproduktes von 593 Milliarden. Die (noch) gute Beschäftigungslage ist abhängig von dieser hohen Auslandsverflechtung. Eine verschärfte Weltfinanzkrise kombiniert mit einer Welthandelskrise könnte jedoch die Arbeitslosenzahlen bald auch hierzulande steigen lassen. Die laut Bundesrat Johann Schneider-Amman von der Frankenstärke bedrohten 40'000 Arbeitsplätze sind nur ein Vorgeschmack. Die heutige Wirtschaftskrise ist eine Strukturkrise und die Schaffung von genügend neuen Arbeitsplätzen erfordert eine neue Wirtschaftspolitik. Der Werkplatz muss Priorität bekommen, weil nur der Werkplatz genügend Arbeitsplätze zu schaffen vermag. Arbeitsplätze nämlich, welche die Kriterien der ökologischen Wende, der Sozialverträglichkeit der Produktion und der Verlang-

samung des vom finanzkapitalistischen Zinseszinsmechanismus und Ertragszwang induzierten Wachstumszwanges erfüllen.

Die spontan entstehenden Ansätze zur Metropolitanwirtschaft neuen Typs erleichtern die Realisierung einer solchen wirtschaftspolitischen Wende. Die auf den regionalen Binnenmärkten basierende Metropolitanwirtschaft von morgen funktioniert anders als die globalisierten Weltmärkte von gestern. Nötig ist die gezielte Stärkung der Binnenmärkte der drei Schweizer Metroregionen durch staatliche Wirtschaftspolitik. Beispielsweise durch das Vollkostenprinzip im Energie- und Verkehrsbereich. Realistische Strom- und Transportpreise fördern das raumwirtschaftliche Denken und Handeln der Unternehmer und stärken damit indirekt die industrielle und gewerbliche Produktion. Das mag manchenorts paradox, ja den Arbeitnehmerinteressen abträglich klingen, doch mittel- und langfristig fährt der volkswirtschaftliche Produktionsfaktor Arbeit damit besser, wenn die anderen Produktionsfaktoren wegen Transportkosten nicht globalisiert sind.

\*

Zum Schluss noch ein Wort zum Finanzplatz. Das grösste Problem in diesem Bereich ist nach wie vor die faktische Staatsgarantie für UBS und Credit Suisse. Die seit Krisenausbruch heraufgesetzten Eigenkapitalanforderungen vermögen daran nichts zu ändern, wie Patrick Raaflaub, der Direktor der Schweizer Finanzmarktüberwachung Finma, an einem Vortrag anfangs November 2011 in Luzern unterstrich. Noch immer koppelt das hochriskante Geschäftsmodell von UBS und Credit Suisse drei Banktypen, eine Schweizer Geschäftsbank mit einer Schweizer Vermögensverwaltungsbank und einer US-amerikanischen Investmentbank. Die dadurch entstandenen Grossbanken sind so gross, dass ein allfälliger Konkurs volkswirtschaftsschädigende Auswirkungen auf Kreditsystem und Zahlungsverkehr der Schweiz hätte. Die beste Lösung dieser Problematik ist das Trennbankensystem, das heisst die bankgesetzliche Trennung von Investmentbanking und Wertschriftenhandel in eigenständige Unternehmen.

Ein solches System löst nicht nur das „To Big to Fail“- Problem, sondern schafft auch den gesetzlichen Rahmen zur Entwicklung des Schweizer Finanzplatzes zum globalen Investmentbanking-Zentrum neuen Typs. Arbeitsplatzergänzend. Chinesische, Russische, Indische oder Brasilianische Investmentbanken könnten hierzulande Arbeitsplätze schaffen und Steuern zahlen. Gar nicht zu reden von den Europäischen Investmentbanken, deren positive Perspektiven auf dem hiesigen Finanzplatz ich im Beitrag „Die Schweiz im europäischen Finanzraum. Linke Finanzpolitik und Sozialkapitalismus“ (Widerspruch Heft 48/2005, Europa sozial) skizziert habe.